Nr. 221. 42. Jahrgang. Abend-Ausgabe. Sonnabend, 3. Mai 1913

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Stärkung der Linksmajorität.

Nach dem letzten amtlichen Mitgliederverzeichnisse der Reichstagsabgeordneten verfügen die Fraktionen der Linken genau über die absolute Mehrheit. Es zählen die Sozialisten 110, die Fortschrittler 43 und die Nationalliberalen 46 Abgeordnete. Das sind zusammen gerade 199. Von 397 ist aber 199 genau die absolute Mehrheit. Da auf der Gegenseite allerlei unregelmäßige Gäste vorhanden sind, besonders bei den Elsässern, Wilden und Polen, so konnte sich schon wiederholt die Linksmajorität behaupten, obwohl ein kleiner Teil der Nationalliberalen nach rechts hinüberschwenkte. In vielen Fragen erhält die Linke aber auch Zuzug durch die Polen, einige Zentrumsleute oder aber auch durch die Reichspartei. Jedenfalls ist die Linksmajorität vorhanden. Im Augenblick kommt ihr außerdem zugute, daß auf der rechten Seite vier Mandate unbesetzt sind. Den Ersatzwahlen kommt umsomehr eine erhöhte Bedeutung zu, da sie nicht nur teilweise recht gute Gewinnchancen für die Linke bieten und jeder Gewinn von rechts her jetzt eine Konsolidierung der Linksmajorität bedeutet. Bis jetzt sind die Reichstagsersatzwahlen dieser Legislaturperiode eigentlich recht matt verlaufen. Es gelang zwar den Fortschrittlern, Hagenow-Grevesmühlen den Konservativen abzunehmen, sie behaupteten auch Berlin I und Varel-Jever glänzend, aber sowohl Greifenberg-Kammin wie auch Stolp-Lauenburg widerstanden dem Ansturm von links. In Bamberg vermochte die liberale Gegenagitation ebenfalls nicht aufzukommen.

Im ganzen sind es, wie gesagt, vier Wahlkreise, in denen in Kürze die Entscheidung fallen wird. In dem märkischen Wahlkreise Ost- und Weststernberg, der durch den Tod des sympathischen konservativen Outsiders v. Kaphengst-Kohlow erledigt ist, findet die Neuwahl bereits am 9. Mai statt. Der Wahlkreis war seit 1867 mit einer Ausnahme stets konservativ vertreten. Nur im Jahre 1907 gelang es einem antisemitischen Reformer, in der Stichwahl durchzudringen. Bei den letzten allgemeinen Wahlen siegte Herr v. Kaphengst mit 9142 Stimmen gegen 3427 reformantisemitische, 607 fortschrittliche und 3333 sozialdemokratische Stimmen. Die Fortschrittliche Volkspartei hat recht daran getan, den Wahlkreis energisch in Angriff zu nehmen. In dem „Hilfe"-Redakteur Wilhelm Heil ist ihr in arbeitsfreudiger Kandidat erstanden, der zweifellos die fortschrittlichen Stimmen stark vermehren dürfte. Die Konservativen haben einen Industriellen und Rittergutsbesitzer Bohtz aufgestellt, und auch Antisemiten und Sozialisten haben ihre Kandidaten wieder nominiert. Allgemein wird mit einer Stichwahl gerechnet, und wenn dem liberalen Kandidaten bis zum Wahltage noch tatkräftige Hilfe zugeführt werden kann, so ist es nicht ausgeschlossen, daß er in eine aussichtsreiche Stichwahl gelangt.

Das Hauptinteresse bei den Ersatzwahlen wird sich aber unzweifelhaft auf den Wahlkreis Waldeck-Pyrmont konzentrieren, der infolge der Ungültigkeitserklärung der Wahl des Antisemiten Vietmeyer vor einer Neuwahl steht. Hier ist unser Kollege Nuschke zugunsten von D. Friedrich Naumann von der fortschrittlichen Kandidatur zurückgetreten. Nuschke war nahe am Siege. Er erhielt am 12. Januar 1912 3687 Stimmen, der Antisemit 4403, ein Nationalliberaler 2037 und der Sozialist 1600 Stimmen. In der Stichwahl blieb der Antisemit infolge nationalliberaler Unzuverlässigkeit sowie agrarischer und behördlicher Bedrückungen mit 6192 gegen 6039 fortschrittliche Stimmen Sieger. In Waldeck wird der Liberalismus alle Kräfte einsetzen müssen, um den Wahlkreis, den von 1903 bis 1912 Dr. Potthoff vertrat, zurückzugewinnen. Die Wahl ist bereits auf den 11. Juni angesetzt worden. Die Nationalliberalen haben diesmal keinen eigenen Kandidaten aufgestellt, und es darf erwartet werden, daß die kulturell sonst sehr hochstehende Bevölkerung nun dem Antisemitismus die Türe endgültig weisen wird.

In zwei Wahlkreisen, die, nach den neuzeitlichen Verkehrsverhältnissen gerechnet, fast vor den Toren Berlins liegen, sind ebenfalls infolge Ungültigkeitserklärungen Ersatzwahlen notwendig geworden: in Zauch-Belzig-Jüterbog-Luckenwalde und in Salzwedel-Gardelegen. Auch diese beiden Kreise waren bisher reaktionärer Besitz. Zauch-Belzig wurde von dem menschlich achtbaren und persönlich ausgezeichneten Reichsparteiler Ulrich v. Oertzen vertreten. Ihm hat man jetzt zugunsten des unsympathischen antisemitisch-konservativen Tischlermeisters Pauli die konservative Kandidatur abgenommen. Für die Fortschrittliche Volkspartei kandidiert mit guten Aussichten der frühere Abgeordnete für Bremen, Hormann. Der Wahlkreis wies schon das letztemal eine sichere Linksmehrheit auf. Nur seiner großen persönlichen Beliebtheit hatte es Herr v. Oertzen zu danken, daß er in der Stichwahl mit 16 942 gegen 16 652 Stimmen Sieger blieb. Für Herrn Pauli stehen die Aktien erheblich schlechter.

Mit einiger Wehmut hat man auch Herrn Jordan v. Kröcher in Salzwedel-Gardelegen hinschwinden sehen. Der „starke Mann", der einst die Sozialdemokratie zum „Objekt der Gesetzgebung" machen wollte, riet vor der Wahl seinen Getreuen, „diesmal kräftig in die Hände zu spucken". In ihrem Eifer erließen diese daraufhin Wahlaufrufe unter Hinzufügung ihres Amtscharakters, und das hatte zur Folge, daß Herr v. Kröcher das „Objekt einer Ungültigkeitserklärung" ward. Es soll noch nicht sicher sein, ob er wieder kandidiert. 1912 war ihm der Syndikus des Deutschen Bauernbundes Dr. Böhme hart auf den Fersen. Herr v. Kröcher erhielt 12 073 Stimmen, Dr. Böhme 10 271 und der Sozialist 2407 Stimmen. In der Stichwahl siegte Kröcher mit 13 465 gegen 13 144 bauernbündlerische Stimmen. Wenn auch der Bauernbündler nur ein halber Gewinn für die Linke wäre, so ist seine Wahl doch einer hochkonservativen Vertretung vorzuziehen.

Es ist wahrscheinlich, daß die neuen Männer der vier genannten Wahlkreise zum mindesten noch über die Deckungsfrage mitzuentscheiden haben werden. Das erhöht für die Linke die Bedeutung dieser Nachwahlen. Hoffentlich gelingt es, diese Bedeutung auch den Wählern klar zu machen.

Die geplante Expedition nach Albanien.

Wie wir in der gestrigen Abendnummer gesagt haben, wird jetzt die albanische Frage in den Vordergrund gestellt, und in Wien und Rom spricht man ganz offen von der geplanten österreichisch-italienischen Expedition. Die offiziöse italienische Telegraphenagentur erklärt allerdings heute, Oesterreich und Italien beabsichtigten keine Abänderung ihres Vertrages, der die Autonomie Albaniens sichere, und an eine „Aufteilung Albaniens" werde nicht gedacht, aber dieses Dementi hat wohl nur den Zweck, einige sehr begeisterte römische Blätter etwas zu zügeln und ein irgendwo auftauchendes Mißtrauen zu zerstreuen. Man plant keine „Aufteilung", sondern höchstens eine „zeitweilige Okkupation", und man wünscht nicht, Eroberungen zu machen, sondern nur die Ordnung, die von Essad Pascha gestört wurde, wiederherzustellen. Ueber die Einzelheiten eines solchen Vorgehens ist, wie man uns von gut unterrichteter Seite mitteilt, eine völlige Uebereinstimmung zwischen Wien und Rom noch nicht erzielt. Aber es unterliegt keinem Zweifel, daß der Plan erwogen und seine Ausführung vorbereitet wird.

Ob sich die Expedition, falls sie zustande kommt, auch gegen Montenegro richten soll, hängt natürlich von der Lösung der Skutarifrage ab. Ginge Nikita aus Skutari heraus, so zögen, immer die Verwirklichung des Planes vorausgesetzt, nach seinem Verschwinden die Oesterreicher friedlich ein — um die Stadt gegen einen Handstreich Essad Paschas zu sichern, der Skutari bedroht. Wiebe Nikita hart, so wären die Oesterreicher gezwungen, ihm Skutari gewaltsam abzunehmen, während Italien den albanischen Süden gegen Ueberraschungen schützt. Wir gestehen, daß uns die erstere Hypothese noch immer wahrscheinlicher als die letztere erscheint, und daß wir einstweilen eher an die albanische Expedition glauben als an den montenegrinischen Krieg. Indessen, die Prophetenkunst ist in solchen Situationen schwer, man kann nur die günstigen und ungünstigen Wendungen verzeichnen, wie der Tag sie bringt, und nachdem man Popowitschs halbe Räumungszusage in London zur Kenntnis genommen hat, muß man das feierliche Aktenstück vermerken, in dem der Erbprinz Danilo Skutari als „neue Hauptstadt Montenegros" proklamiert.

Ueber den gemeinsamen Schritt der Großmächte, der, nach der offiziösen deutschen Meldung, eine definitive Aeußerung Nikitas herbeiführen sollte, hört man noch nichts, und es wird nicht verraten, wann dieser Schritt erfolgen soll. Inzwischen hat Nikita für den nächsten Donnerstag die Skupschtina einberufen, mit der er die Skutarifragen beraten und eventuell wohl die Verantwortung für Verzicht oder Krieg zu teilen gedenkt, und so ist anzunehmen, daß auch am Montag die Botschafterkonferenz noch nichts Gewisses wissen und sich abermals vertagen wird. Der Handelsmann in Cetinje gewinnt Zeit, sein Geschäft mit der nötigen Zaudertaktik zu betreiben und herauszuschlagen, was sich irgend herausschlagen läßt. Er hat, mit Recht oder Unrecht — was man abwarten muß — von der Wiener Gemütlichkeit einen hohen Begriff.

* * *

Ausnahmezustand in Bosnien und Dalmatien.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Wien, 3. Mai.

Ueber Bosnien und die Herzegowina ist der Ausnahmezustand erklärt worden. Dieselbe Maßnahme wird auch über Dalmatien verfügt werden. Die Verhängung des Ausnahmezustandes ist eine Folge der Verfügung des am Sonntag stattgehabten Ministerrats und eine Maßregel, wie sie in Zeiten, wo man mit einem Krieg rechnet, in den Grenzgebieten der meisten Länder verfügt wird.

Montenegros Parlament zu Donnerstag einberufen.

Cetinje, 3. Mai.

Aus amtlicher montenegrinischer Quelle wird gemeldet: Die Regierung hat im Einvernehmen mit der Krone beschlossen, **die Skupschtina für den nächsten Donnerstag** zu einer außerordentlichen Session einzuberufen.

Keine Unterstützung Montenegros durch Bulgarien.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Sofia, 3. Mai.

Zu dem Verhalten Bulgariens im Falle von Komplikationen erklärte mir heute ein Minister, Bulgarien habe keinen Vertrag mit Montenegro abgeschlossen und sei daher zu keiner Unterstützung Montenegros verpflichtet. Ein Vertrag bestehe nur mit Serbien, erstrecke sich aber auch nicht so weit, um den Serben Unterstützung zu gewähren, wenn Serbien selbst eine aggressive Politik machen würde.

Ein offiziöses Dementi.

Rom, 3. Mai.

Die Agenzia Stefani meldet: „Die von einigen Blättern veröffentlichte Meldung über ein **Uebereinkommen** zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn auf **Aufteilung** Albaniens und auf Abänderung der bereits seit mehreren Jahren zwischen den beiden verbündeten Mächten bestehenden Verträge, die sie gewissenhaft einhalten und die darauf abzielen, die Autonomie Albaniens gemäß den Beschlüssen der Londoner Botschaftervereinigung zu sichern, entbehren jeder Begründung.

Der Expeditionsplan.

Das österreichisch-italienische Abkommen. — Die Teilung der Interessensphären. — Rußland wünscht internationale Intervention.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Rom, 3. Mai.

Die gesamte Presse ohne Ausnahme ist entzückt von dem absolut einmütigen Vorgehen Oesterreichs und Italiens in Albanien. „Da nicht nur Oesterreich, sondern auch noch vielmehr Italien an der Aufrechterhaltung der Ordnung in Albanien unmittelbar interessiert ist," schreibt der offiziöse „Popolo Romano", „kann man nicht daran zweifeln, daß die italienische Regierung sofort die erforderlichen Maßregeln ergreifen wird, dies um so mehr, als eine Aktion Italiens in Südalbanien ebenso wie eine Aktion Oesterreichs in Nordalbanien nur die Durchführung der Entscheidungen und des Willens Europas darstellen würde. In der Tat können die Mächte die wachsenden Verwicklungen nicht dulden, die eine schnelle Beruhigung nicht nur in Albanien, sondern auch auf dem ganzen Balkan unmöglich machen würden." Die gleichfalls offiziöse „Vita" veröffentlicht Petitionen von Albaniern an die italienische Regierung, in denen um Schutz gegen die Grausamkeiten der Balkanverbündeten gebeten wird. „Italien," sagt die „Vita", „muß sich loyal und herzlich an Oesterreich anschließen, das nicht allein der Verbündete, sondern auch der freiwillige und tatkräftigste Mitarbeiter Italiens ist. So wie Oesterreich sich in Nordalbanien nicht als desinteressiert bezeichnen kann, so sind wir in Südalbanien interessiert. Oesterreich fordert, daß Skutari nicht der Mittelpunkt slawischer Agitationen und Verschwörungen gegen die Monarchie wird, Italien muß darauf bestehen, daß der Kanal von Korfu und der Hafen von Valona nicht zur Flottenbasis feindlicher Mächte wird. Wir müssen mit Energie und Ueberlegung handeln, und die ganze in Tatkraft vereinte Nation muß hinter diesem Werke stehen." Auch der „Messaggero", das Organ der Irredentisten, zeigt sich mit jedem Tage begeisterter für Oesterreich, und er folgt den Worten des Bischofs, der bei der Taufe Chlodwigs sagte: „Verfolge, was du angebetet hast, und bete an, was du verfolgt hast." In einem langen Leitartikel schreibt heute das Blatt mit Pathos: „Man muß Essad Pascha für die Anarchie, die er in Albanien gefät hat, dankbar sein. Er hat die Uebereinstimmung zwischen Rom und Wien gefestigt und die Notwendigkeit und Möglichkeit eines innigeren Zusammenstehens zwischen Oesterreich und Italien im Interesse dieser beiden großen Adriamächte und im Interesse Albaniens erwiesen. Zwischen den beiden Mächten gibt es heute keine Geheimnisse mehr. Sie haben endgültig jedes gegenseitige Mißtrauen aufgegeben, um nach einem Programm der herzlichen Uebereinstimmung, der klugen Beobachtung und der nützlichen Arbeit gemeinsam vorzugehen. Wenn Montenegro Skutari nicht aufgeben will, werden die Mächte entweder gemeinschaftlich einschreiten oder Oesterreich und Italien werden Albanien diese Stadt selbst sichern. Dschawid Pascha hat Valona besetzt, Essad Pascha Santi Quaranta an die Griechen abgetreten und die Ordnung in Südalbanien gestört, und so wird Italien selbst intervenieren, um Ordnung zu schaffen. Wir sind erfreut über diese glückliche Uebereinstimmung, denn von nun an kann die Freundschaft mit Oesterreich auf solidere Grundlage gestellt werden. Unser Einfluß auf das Gebiet von Valona ist feierlich von Oesterreich anerkannt. Es sichert uns endgültig die Freiheit des Handelns in der südlichen Adria. Die Abmachung mit Oesterreich ist ein Ereignis von größter Bedeutung und ein sehr bemerkenswerter Erfolg unserer auswärtigen Politik." Der Schreiber des Artikels erörtert zum Schluß seinen letzten Aufenthalt auf dem Balkan und erklärt, er habe häufig von serbischen, griechischen, montenegrinischen und bulgarischen Politikern gehört, die Balkanliga habe Valona Italien angeboten, die italienische Regierung habe aber den Vorschlag zurückgewiesen. Denn Italien wollte seinen Vertrag mit Oesterreich beobachten und nur in Uebereinstimmung mit Oesterreich, nicht aber gegen seinen Verbündeten handeln.

London, 3. Mai.

Abgesehen von der ersten Antwort Montenegros auf die Note der Großmächte, deren voller Text jetzt auch hier veröffentlicht wurde, die aber durch neue Instruktionen Nikitas an Popowitsch überholt ist, konzentriert sich das Interesse in London hauptsächlich auf die Haltung Italiens. Es gilt hier als sicher, daß Italien nicht mit Oesterreich gegen Skutari vorgehen, sondern neben der österreichischen Aktion gegen Skutari Operationen in Südalbanien beginnen würde, was, wie man hier glaubt, leicht zu Reibungen zwischen den beiden Verbündeten führen könnte. Im allgemeinen bleibt in London wie in Paris die allgemeine Stimmung hoffnungsvoll, und die letzten Meldungen aus Petersburg stärken diesen Glauben, wenn auch andererseits die Meldungen über die Geschwaderkonzentrierung in Brindisi nicht gerade beruhigend lauten. Nach der „Exchange Telegraph Company" fahren sechs Schlachtschiffe und drei Torpedoboote nach Brindisi, die für sechs Wochen Proviant an Bord haben. Drei Kreuzer sollen ihnen folgen.

Petersburg, 3. Mai.

Die in Valona ausgebrochenen Unruhen haben hier gewisse Befürchtungen für die Wiederherstellung der Ordnung in